Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

153 (4.7.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 153 — **Montag, den 4. Juli 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Erst am Samstag abend haben die fünf Gläubigermächte in Lausanne einen Entwurf für ein neues Abkommen unterbreitet, der in weiteren Verhandlungen am Sonntag besprochen wurde.

*

Die deutsche Abordnung soll dem Entwurf wegen der Viermilliarden-Forderung ablehnend gegenüberstehen.

*

Die Entscheidung in Lausanne verzögert sich durch die Abwesenheit Herriots bis Mittwoch, der in Paris durch Beschlüsse des Finanzausschusses festgehalten ist.

*

Die England-Fahrt des „Graf Zepelin" nahm einen glänzenden Verlauf, das Luftschiff kehrte in der Nacht zum Montag nach Friedrichshafen zurück.

*

Die österreichischen Anleiheverhandlungen über 300 Millionen-Kredit wurden in Lausanne abgeschlossen.

*

Die ersten großen Demonstrationen in München — Hitler sprach vor 30 000 — sind ruhig verlaufen.

*

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Brüning sprach am Sonntag in Siegburg, Bonn, Köln und Koblenz. Er sagte u. a., die Regierung von Papen werde die Unterstützung des Zentrums nicht haben, wenn sie auf der Lausanner Konferenz zu weitgehendes Entgegenkommen zeige.

*

Auf dem großen mitteldeutschen Treffen der Nationalsozialisten in Dessau sprachen Göbbels und Gregor Strasser.

Die Entscheidung verzögert

Neues englisch-französisches Projekt in Lausanne — 4 Milliarden Endforderung

Lausanne, 3. Juli. Der Samstag hat eine gute Arbeit der Konferenz bezw. des Büros gebracht, ohne daß von deutscher Seite daran unmittelbar teilgenommen werden konnte. Es handelte sich darum, die im Prinzip aufgestellten Pläne nach Eintreffen Herriots zu konkretisieren, d. h. **den Rahmenentwurf mit Zahlen und definitiven Angaben auszufüllen. Auch am Samstag abend war es noch nicht so weit, daß einfertiges Projekt vorlag, über das die deutsche Delegation sich zu entscheiden hätte.**

Nachdem vormittags auch zwischen den Gläubigern **eine Einigung über die ziffernmäßige Höhe und über die sogenannten Sicherungen gegenüber dem eventuellen Verhalten Amerikas in der Schuldenfrage nicht erzielt worden war, traten nachmittags Herriot und Macdonald mit ihren Mitarbeitern erneut zu Beratungen zusammen, die gutem Vernehmen nach zu einer Verständigung zwischen diesen beiden Parteien geführt haben sollen. Dabei ist aber ziffernmäßig eine Forderung herausgekommen, die noch immer**

in der Höhe von 4 Milliarden RM.

als deutschen Beitrag für den fonds commun sich bewegt. Die Frage der Sicherungsklausel scheint hingegen vollkommen ausgeschaltet zu sein.

Anschließend an diese **englisch-französischen Sonderbesprechungen** sind dann die drei übrigen nicht-deutschen Mitglieder des Büros, Italien, Belgien und Japan, zugezogen worden, mit denen **der endgültige Entwurf weiterberaten wird, den man Deutschland vorlegen wird.** Ernstliche Einwendungen von dieser Seite scheinen jedoch kaum zu erwarten zu sein.

Nachdem sich der erste Entwurf, der Deutschland nicht formell vorgelegt worden war, als undurchführbar und ungeeignet erwiesen hatte, läßt sich eine Prognose bezüglich der Aufnahme dieses neuen Vorschlages kaum stellen. Indessen liegt die genannte Ziffer auch jetzt noch so nahe bei den früher gerüchtweise bekannt gewordenen, daß man darin kaum einen wesentlichen Fortschritt erblicken kann.

Einzelheiten des neuen Gläubigervorschlages
Keine Einigung auf dieser Basis wahrscheinlich

Lausanne, 3. Juli. Ueber den veränderten Vorschlag der fünf Gläubigermächte sind Einzelheiten bekannt geworden, die jedoch mit allem Vorbehalt wiedergegeben seien. Auch bei der deutschen Delegation sind die neuen Gedankengänge inzwischen zur Kenntnis gelangt.

Immer mit dem erwähnten Vorbehalt wird mitgeteilt, daß die Summe, die vorgeschlagen wird, sich in einer ungefähren Höhe von **4 Milliarden RM.** — nach anderer Version 4,2 Milliarden RM. Einzahlung in den fonds commun — bewegt. Sie schließt jedoch jetzt gegenüber dem ersten Vorschlag auch die noch zu zahlenden **Annuitäten des Hooverjahres** ein, die sich über zehn Jahre erstrecken und jährlich 190 Millionen RM. ausmachen sollen. Neben dieser Summe habe Deutschland die Verzinsung und Amortisation der Dawes- und Young-Anleihe weiterzutragen, ferner einige kleinere Verpflichtungen fortzuführen. **Vorgesehen sei eine vollständige Schonfrist von drei Jahren, während der keine Zahlung zu leisten sei.** Nach Ablauf dieser Zeit wäre die Begebung von Bonds mit Regierungsgarantie durchzuführen, jedoch nur soweit, als der Markt dafür aufnahmefähig ist, d. h. eine gewisse Sanierung der Wirtschafts- und Finanzlage eingetreten ist. Den Gedanken, den Stand der Young-Anleihe als Maßstab heranzuziehen, scheint man aufgegeben zu haben, mit der Möglichkeit, Emissionskurse als Hauptmaßstab für die Zulässigkeit der einzelnen Tranchen dieser Bonds vorschlagen zu wollen. Dieser Plan würde also gegenüber dem früheren keine Sicherungsklausel für den Fall einer Ablehnung durch die Vereinigten Staaten aufweisen und die an sich ziemlich gleich gebliebene Summe dadurch erheblich reduzieren, daß die Nachzahlungen für das Hooverjahr wegfallen. Trotzdem **nimmt man nicht an, daß auf dieser Basis eine Einigung zustandekommt.**

*

Lehnt Deutschland ab?

Ablehnende Haltung der deutschen Delegation zu dem Gläubigervorschlag

Lausanne, 3. Juli. In einer anderthalbstündigen Besprechung, die der Reichskanzler und der Reichsaußenminister am Sonntag früh mit Macdonald hatten, wurden die deutschen Einwendungen gegen den Vorschlag der fünf Gläubigermächte ausgiebig besprochen. Die Ablehnung der deutschen Delegation stützt sich vornehmlich auf drei Punkte:

1. Die Höhe der genannten Summe,

2. die Frage der Sicherungen, die zugunsten Deutschlands in das gedachte System eingebaut sein sollen, um die Begebung von Teilen der geforderten Bonds von einem entsprechenden Stand der Wirtschafts- und Finanzlage abhängig zu machen, und

3. die Sicherungsklausel in bezug auf die amerikanischen Gläubigeransprüche an die ehemaligen Alliierten. Diese letztere Klausel soll allerdings in dem vorgeschlagenen Abkommen nicht mehr erscheinen, sondern, wie man hört, Bestandteil eines Protokolls oder eines ähnlichen zusätzlichen Bruchstückes werden.

Wir glauben zu wissen, daß Macdonald sich den deutschen Argumenten nicht verschlossen hat, die gegen diese und andere Einzelheiten in entschiedener Verfolgung der bisherigen deutschen Haltung vorgetragen worden sind.

Anschließend an diesen Besuch sind die fünf am Büro beteiligten Mächte zusammengetreten und haben den Stand der Dinge weiter beraten. Im Laufe des Sonntag nachmittags fand eine neue Sitzung der fünf statt, die sich den substanzierten deutschen Darlegungen zu widmen haben wird.

*

Herriot kehrt erst am Dienstag nach Lausanne zurück

Lausanne, 3. Juli. Aus französischen Kreisen verlautet, daß Herriot vor seiner Abreise am Samstag abend mitgeteilt habe, **er werde wegen der Beratung des Budgets und wegen der vielleicht schon am Dienstag stattfindenden Abstimmung kaum vor Dienstag abend wieder nach Lausanne zurückkehren können.** Die Vertretung der französischen Interessen liegt inzwischen hauptsächlich in Händen der französischen Minister Germain-Martin und Bonnet. Nach den letzten Nachrichten muß infolge der **Vorgänge im Finanzausschuß** damit gerechnet werden, daß Herriot noch später nach Lausanne zurückkehrt.

Mac Garrah nach Lausanne berufen

Basel, 3. Juli. Die Leitung der BIZ. erhielt von dem Präsidenten der Lausanner Konferenz die Einladung zur Teilnahme an Arbeiten der Konferenz bezw. zur Entsendung von Finanzsachverständigen nach Lausanne. Der Präsident des Verwaltungsrats, Mac Garrah, ist bereits nach Lausanne abgereist.

*

Washington gegen jede Verknüpfung der Reparationsfrage mit der Haltung Amerikas

Washington, 3. Juli. Die Versuche gewisser Delegationen in Lausanne, die endgültige Lösung der Reparationsfrage von der Haltung der Vereinigten Staaten abhängig zu machen, werden in hiesigen amtlichen Kreisen als sehr unklug angesehen. Von hoher Regierungsseite wird erklärt, es sei die übereinstimmende Ansicht von Regierung und Kongreß, daß Europa zunächst die Reparationsfrage erledigen müsse. Erst dann könne Amerika sich mit den einzelnen Schuldnerstaaten über eine Ordnung der Verpflichtungen dieser Staaten ins Benehmen setzen. Jeder Versuch, die Reparationen und die Kriegsschulden in eine so enge Verbindung zu bringen, würde eine äußerst ungünstige Wirkung in der amerikanischen öffentlichen Meinung haben.

*

Verhandlungen über die österreichische Anleihe abgeschlossen

Lausanne, 3. Juli. In der österreichischen Anleihefrage fand am Samstag nachmittag die **Schlußsitzung in Lausanne statt,** wobei alle Punkte der vorbereitenden Arbeiten erledigt wurden. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß ist abgereist. Wie verlautet, findet bereits am Montag die Sitzung des Genfer Kreditausschusses statt, in der über die Durchführung der Anleihe verhandelt werden wird.

*

Deutschland lehnt den Gegenvorschlag ab

Englands Vermittlungsversuche.

T.U. **Lausanne,** 3. Juli. Die Besprechungen zwischen den deutschen Ministern und den Gläubigermächten über den gemeinsamen Vorschlag der fünf Mächte zur Regelung der Tributfrage haben am frühen Sonntagmorgen begonnen. Der Reichskanzler begab sich mit dem Reichsaußenminister bereits um 9 Uhr früh zu Macdonald. An der Unterredung nahm der Schatzkanzler Neville Chamberlain teil. Macdonald hat in der Unterredung den Reichskanzler und den Reichsaußenminister über die wesentlichen Punkte des Vorschlages der Gläubigermächte unterrichtet. In dieser Unterredung ist von deutscher Seite den Gläubigermächten mitgeteilt worden, daß der Vorschlag der Gläubigermächte in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar sei. Auf deutscher Seite ist wiederum mit voller Bestimmtheit erklärt worden, daß eine Verbindung der Tributfrage mit der interalliierten Schuldenfrage, der Vorschlag eines Höchstbetrages für die Abschlußzahlung von 4,2 Milliarden und die vorgeschlagene Sicherheitsbedingung für die Ausgabe der Bonds der deutschen Regierung nicht annehmbar wären. Ein Gegenvorschlag ist von deutscher Seite nicht erfolgt. Die deutschen Minister haben sich darauf beschränkt, ihren grundsätzlichen Standpunkt Macdonald zum Ausdruck zu bringen.

Gleich nach der Unterredung mit den deutschen Ministern fand bei Macdonald eine Besprechung der fünf Gläubigermächte statt, in der der deutsche Standpunkt erörtert worden ist.

In internationalen Konferenzkreisen besteht am Sonntag übereinstimmend der Eindruck, daß auf englischer Seite starke Bestrebungen im Gange sind, den Gläubigervorschlag im Sinne des deutschen Standpunktes abzuändern. Das unzweifelhaft festzustellende Entgegenkommen von englischer Seite gegenüber dem deutschen Standpunkt wird auf den starken Druck zurückgeführt, der jetzt von internationalen und amerikanischen Finanzkreisen auf die europäischen Großmächte ausgeübt wird im Sinne einer endgültigen Regelung der Tributfrage unter Berücksichtigung des deutschen Standpunktes. Macdonald hat bereits wissen lassen, daß er seine ursprünglich auf den 5. Juli festgesetzte Abreise aus Lausanne vorläufig verschoben hat. Man rechnet daher mit dem Abschluß der Konferenz nicht vor Mitte oder Ende dieser Woche.

Neuer französischer Störungsversuch in Lausanne. — Schärfste deutsche Zurückweisung.

T.U. **Lausanne,** 3. Juli. Von maßgebender französischer Seite wurden am Sonntag abend Mitteilungen verbreitet, nach denen die deutschen Vertreter in der Unterredung mit Macdonald einen neuen Plan zur Regelung der Tributfrage vorgelegt haben sollen, der eine gänzlich neue Regelung vorschlage und im schroffen Gegensatz zu dem Vorschlag der Gläubigermächte stehe. Die deutsche Abordnung soll jetzt vorgeschlagen haben, im Fall der endgültigen Streichung der Tribute eine Restzahlung in Höhe von zwei Milliarden Mark vorzunehmen, die jedoch entgegen der bisherigen deutschen Stellungnahme in zehn Jahresraten zu 160 Millionen abgetragen werden solle. Durch diesen neuen Vorschlag sei für die französische Regierung eine vollständig neue Lage geschaffen worden, so daß eine neue Stellungnahme von französischer Seite erforderlich geworden sei.

Die Mitteilungen von französischer Seite, nach denen Deutschland als Restzahlung für die endgültige Regelung der Tribute zehn Jahreszahlungen in Höhe von 160 Millionen vorgeschlagen habe, können ausdrücklich als vollständig falsch bezeichnet werden. Ein derartiger Vorschlag ist nicht gemacht worden. In den Verhandlungen sind lediglich verschiedene rechnerische Möglichkeiten erwogen worden.

Zu diesen Mitteilungen wird von deutscher Seite folgendes ausdrücklich festgestellt: Ein Plan oder ein Vorschlag ist in der heutigen Unterredung der deutschen Vertreter mit Macdonald weder in mündlicher noch in schriftlicher Form erfolgt. Die deutschen Vertreter haben lediglich zu den von Macdonald vorgelegten Vorschlägen der Gläubigermächte den bekannten deutschen Standpunkt vertreten und insbesondere dargelegt, bis zu welcher Grenze und unter welchen Bedingungen die deutsche Regierung sich an der bereits zugesagten positiven Mitarbeit am Wiederaufbau Europas beteiligen könne. In den Besprechungen am Sonntag ist ferner von deutsche Seite der bekannte deutsche Standpunkt vertreten worden, daß jede Klausel über den Zusammenhang zwischen der Tribut- und der interalliierten Schuldenfrage von der deutschen Regierung auf das Entschiedenste abgelehnt wird, daß irgendwelche zukünftigen Zahlungen nicht als Tributzahlungen, sondern als Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau Europas erfolgen könnten und daß ferner die angestrebte endgültige Regelung der Tributfrage selbstverständlich die bisherigen Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Reparationen ersetzen müßte, wodurch der Teil VIII (Reparationen) als erledigt angesehen werden könnte.

Bei den französischen Mitteilungen handelt es sich offensichtlich um den üblichen Störungsversuch, in der offenbaren Absicht, der deutschen Regierung die Verantwortung für einen erfolglosen Ausgang der Konferenz zuzuschieben. Die französischen Mitteilung, die am Sonntag abend planmäßig ausgestreut wurden u. die von der gesamten französischen Presse wiedergegeben werden, sind aus der schwierigen und isolierten Lage der französischen Regierung bei den Verhandlungen zu verstehen und suchen in der Oeffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß die französische Regierung bereits größtes Entgegenkommen gezeigt habe, während die deutsche Regierung durch einen neuen Plan die gesamten bisherigen Verhandlungsgrundlagen umgeworfen und damit eine neue Lage geschaffen habe. Dieser Störungsversuch muß sofort in seinem wahren Charakter erkannt und an den Pranger gestellt werden.

Das neue südslawische Kabinett

Belgrad, 3. Juli. Die neue Regierung, die vom König vereidigt worden ist, steht unter der Führung des bisherigen Innenministers Dr. Srschkitsch. Das Außenministerium ist von Marinkowitsch auf den bisherigen Hofminister Jeitic übergegangen. Innenminister ist Lazic, der als sehr tüchtiger Verwaltungsbeamter gilt. Der bisherige Handelsminister Kramer ist Minister ohne Portefeuille, während das Handelsministerium der bisherige Unterstaatssekretär Mohoric als Parteifreund Kramers übernommen hat. Zum Justizminister wurde Schumenkowitsch ernannt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Flieger über Ostpreußen

Militärische und zivile Zusammenarbeit in der Landesverteidigung — Dreitausend freiwillige Helfer — Die ganze Bevölkerung geht mit.

Von Franz Lehnhoff.

Es liegt kein Grund vor, zu verschweigen, daß der erste ganz große Versuch einer Zusammenarbeit zwischen Militär und Zivil für die Verteidigung gegen Luftangriffe nach Ostpreußen gelegt wurde, weil hier deutsches Land in höchster Gefahr schwebt. Von der maßlosen Sprache der polnischen Presse macht man sich im Reich trotz aller noch so deutlichen Auszüge aus manchen Leitartikeln der Warschauer Zeitungen, die bei weitem noch nicht den Gipfelpunkt der in Polen üblichen wüsten Schimpflust erreichen, nicht den mindesten Begriff. Diese Presse wird mit Schaum vor dem Munde geschrieben, wenn es sich um Deutschland handelt, und die dadurch erzeugte Stimmung kann nicht einflußlos auf höchst angriffslustige Teile der polnischen Armee bleiben.

Im Anschluß an die dreiste Erfindung, daß polnische Matrosen bei der Abfahrt aus dem Danziger Hauptbahnhof beschossen worden seien, obwohl niemand irgend welche Schußspuren nachweisen kann und auch die angeblich betroffenen Polen von den Schüssen nichts gehört haben, schrieb ein polnisches Regierungsblatt unter anderem: „Man muß sich darüber klar sein, daß im Falle der Verletzung eines polnischen Matrosen der Kriegsfall gegeben worden wäre, der unweigerlich zu einem von Deutschland an Polen erklärten Kriege führen müßte". Diese boshaft auf die Unwissenheit und Denkunfähigkeit berechnete hetzerische Verdrehung läßt es natürlich ununtersucht, wieso in einem solchen Falle eine deutsche Kriegserklärung zustande kommen sollte. Die Zeitung legt dann weiter in noch tolleren Gedankenfolgen dar: „Im Jahre 1914 war es kein serbischer Soldat, sondern ein politischer Fanatiker, dessen Schuß den Krieg hervorgerufen hat. Für Polen bedeutet jeder einzelne Soldat viel mehr als der österreichische Erzherzog für Oesterreich. Oesterreich hatte keinen Mangel an Erzherzögen, während Polen Soldaten braucht. Das Blut eines polnischen Soldaten, das in Danzig vergossen werden könnte, bedeute den ersten Tropfen der Sintflut, die ganz Europa überschwemmen würde." Welche Presse der Welt wird auch nur annähernd mit der gleichen Roheit und Gewissenlosigkeit geschrieben?!

Wenn deshalb ein Berliner Blatt, das sich als das „deutsche Weltblatt" bezeichnet, aber wohl selbst kaum noch den Anspruch erheben wird, einer beachtlichen deutschen Stimme Geltung zu verschaffen, übereifrige Bedenken gegen die zivile Luftschutzübung in Ostpreußen vorträgt, dann wird es bestimmt der Lage im deutschen Osten nicht gerecht. Das gilt besonders unterstrichen von der billigen und leichtfertigen kritischen Bemerkung: „Die Luftschutzübung hat dazu beigetragen, die Nervosität zu vermehren, die seit einigen Monaten in Ostpreußen herrscht. Es wäre besser gewesen, gerade im jetzigen Augenblick der Bevölkerung dieses Schauspiel zu ersparen." Das klingt nüchtern und sachlich und erweist sich bei genauerer Betrachtung dennoch als tendenziös und unsachlich. Wer von der Nervosität in Ostpreußen spricht, darf an den konkreten, auf polnischem Gebiet liegenden Gründen für diese Nervosität nicht vorbeigehen. Fortgesetzte polnische Alarm-, Verlade-, zivile und militärische Angriffsübungen im Bereich der ostpreußischen Grenzen, ja die wiederholte Mobilisation ganzer Armeekorps in voller Kriegsstärke gehören wahrlich nicht zu den Mitteln, einer bedrohten deutschen Bevölkerung Ruhe einzuflößen. Sie widerlegen darüber hinaus aber mit der höchsten Beweiskraft den ungerechtfertigten Versuch einer Herabwürdigung der zivilen und militärischen Abwehrarbeit durch die Bekrittelung des Zeitpunktes der Uebung. Gerade „im jetzigen Augenblick" durfte die Bevölkerung über die aus Polen zu erwartenden Luftangriffsmöglichkeiten und ihre Wirkungen nicht mehr im Unklaren gelassen werden. Deshalb trug die Luftschutzübung auch nicht dazu bei, „die Nervosität zu vermehren", sondern setzte völlig im Gegenteil an ihre Stelle das beruhigende Bewußtsein, daß weder die Reichs- und Landesbehörden noch die ostpreußischen verantwortlichen Stellen die Bevölkerung ihrem Schicksale überlassen.

Die Uebung vermittelte Hunderttausenden im ganzen Lande das ermutigende Empfinden, daß es gegen Luftangriffe Selbstschutz und Selbsthilfe gibt, vertiefte die Einsicht, daß gegenüber Bombenabwürfen die allgemeine, umfassendste Aufklärung unausweichlich und unentbehrlich geworden ist, kräftigte den Willen zum Handeln gegen die Gasbedrohung und schuf überhaupt erst die unentbehrlichen Erfahrungsgrundlagen, auf denen die planmäßige Sicherung der Gesamtbevölkerung aufgebaut werden muß.

Die achttägige Luftschutzübung in Ostpreußen, an der sich mehr als 3000 freiwillige, unbezahlte Helfer und Mitwirkende aus sämtlichen Bevölkerungsschichten beteiligten, war der durchschlagende, lebendige Beweis, daß die Vorbereitung der deutschen Zivilbevölkerung auf Gas- und Brandbombenangriffe aus der Luft nun endlich umfassend durchgeführt werden muß. Sie zeigte, daß es sich hier nicht um ein „Schauspiel", sondern buchstäblich um eine Lebensnotwendigkeit handelt und daß sie um der Menschen unseres Landes willen aus dem Stand der Freiwilligkeit in den einer selbstverständlichen staatsbürgerlichen Pflicht übergeleitet werden muß. Die örtlichen Erprobungen der Gas- und Brandabwehr in Allenstein, Elbing, Friedland und Königsberg erwiesen, daß ein Schutz gegen Flieger selbst in Ostpreußen mit bestem Erfolg geschaffen werden kann, obwohl es sich hier im Ernstfalle nicht mehr, wie in den meisten anderen deutschen Landschaften, um Stunden, sondern nur noch um Minuten handelt, in denen Warnung, Alarm, Vernebelungen, Verdunkelungen, Flucht in gasgesicherte Unterkunftsräume und Bereitstellung von Rettungsmannschaften durchgeführt werden können. Bei einer Voraussetzung: Kenntnis der Gefahren und der Abwehrmöglichkeiten in den breitesten Volksschichten und Ausrüstung aller mit dem wichtigsten Schutzgerät. Das kostet Mühe und Geld. Aber das ist ein Aufwand für unsere Lebenserhaltung. Und — darauf müssen wir uns alle vorbereiten — dieser Aufwand ist unvermeidlich und unentbehrlich.

Englandfahrt des „Graf Zeppelin"

Friedrichshafen, 3. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist am Samstag früh 7.09 Uhr unter Führung von Dr. Eckener zu seiner England-Fahrt gestartet, trotz des Regenwetters, und ist programmgemäß über London eingetroffen.

Ueber London

Gegen 6 Uhr dröhnten über London die Motoren des „Graf Zeppelin". Trotz des windigen Wetters flog das Luftschiff in ruhiger Fahrt, von der St. Pauls-Kathedrale kommmend, die Themse entlang in Richtung Westminster, begleitet von Flugzeugen. Bald war der „Graf Zeppelin" über dem Häusermeer in Richtung **Hanworth** entschwunden, wo er landete und nach Aufnahme von Passagieren zu einer 20stündigen Fahrt über England startete. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" warf nach seiner Ankunft über dem Flugplatz Hanworth durch Fallschirm Landungsseile ab. Dann flog das Schiff nach Brookland weiter, um den Herzog und die Herzogin von York zu begrüßen, die dort beim Rennmeeting weilten. Um 19.07 Uhr landete das Schiff wieder in Hanworth.

Herzliche Aufnahme des Zeppelins in England.

T.U. **London**, 2. Juli. Nach der Landung des „Graf Zeppelin" wurde Dr. Eckener von dem Master of Sempill und anderen Vertretern des englischen Luftfahrtministeriums aufs herzlichste begrüßt. Eine große Anzahl von Mitgliedern des Englisch-Deutschen Klubs war auf dem Flugplatz erschienen.

*

Der England-Rundflug des „Graf Zeppelin".

T.U. **London**, 3. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" traf am Sonntag abend gegen 19 Uhr wieder auf dem Flugplatz Henworth bei London ein, nachdem es eine 24stündige Vergnügungsfahrt rund um England durchgeführt hatte. Wieder waren Tausende von Menschen herbeigeströmt, die dem „Grafen" zujubelten. Etwa 20 Flugzeuge flogen dem Luftschiff entgegen, darunter das größte Flugzeug der Welt, die deutsche Junkers-Maschine G 38, die die Bewunderung aller Zuschauer erregte, die Landung ging trotz ungünstiger Windverhältnisse glatt vonstatten. Das Luftschiff besuchte zunächst den neuen Flugplatz in Portsmouth. Hierauf nahm es Kurs nach Norden, überflog London und fuhr entlang der Ostküste nach Schottland, drehte südlich von Edinburgh nach Westen ab und passierte am Sonntag morgen den Firth of Clyde bei nebligem und regnerischem Wetter. Weiter wurden die Isle of Man und die Irische See überflogen. Das Wetter klärte sich später auf und bei schönstem Sonnenschein flog „Graf Zeppelin" in einer großen Schleife über Liverpool, Birmingham, Bristol und Southampton zurück nach Henworth.

*

„Graf Zeppelin" zur Rückfahrt nach Deutschland gestartet.

T.U. **London**, 3. Juli. Nach seiner Rundfahrt über London und Südengland nahm der „Graf Zeppelin" in Henworth die Fahrgäste für die Rückreise nach Friedrichshafen an Bord und startete kurz nach 21 Uhr in südöstlicher Richtung. Er überflog noch einmal, von mehreren englischen Flugzeugen begleitet, ziemlich niedrig und mit großer Geschwindigkeit die Londoner City und fuhr dann, dem Laufe der Themse folgend, nach Deutschland davon.

Als das Luftschiff langsam in die Höhe stieg, spielte die Kapelle die deutsche und die englische Nationalhymne, die von der Menge mit entblößten Häuptern angehört wurde. Als der „Graf Zeppelin" am Horizont verschwand, wurde die deutsche Flagge, die während des ganzen Englandfluges des Luftschiffes auf dem Flugplatz von Henworth aufgezogen war, wieder eingeholt.

Zur Reichstagswahl

Ein Aufruf Hugenbergs zur Reichstagswahl

Berlin, 2. Juli. Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht einen Aufruf zur Reichstagswahl, in dem es u. a. heißt: Der 31. Juli soll vollenden, was mit dem Sturz Brünings begann. Die endgültige Ausschaltung des alten Systems aus Staat und Verwaltung. Darüber hinaus aber wird dieser Wahlkampf ein Ideenkampf sein. Das Ziel des 31. Juli ist die Erreichung der absoluten Mehrheit für die nationale Opposition und eine starke und einflußreiche Deutschnationale Volkspartei innerhalb dieser Mehrheit. Wirkliche Sozialpolitik ist nur gegen den Sozialismus zu machen. Ein starker Mittelstand, auf gesundem Wohlstand aufgebaut, ist die beste Gewähr für eine lebensfähige Wirtschaft, der beste Schutz gegen übertriebene Konzern- und Trustbildungen, gegen die Vorherrschaft einer falschen Gewerkschaftspolitik und gegen die Abhängigkeit von internationalem Leihkapital. Wir verlangen den Schutz der christlichen Kirchen durch Unterdrückung der Gottlosenbewegung, wir verlangen aber auch von den Kirchen, daß sie sich zum nationalen Staate bekennen und für ihn kämpfen. In der Volksbildung muß der heutigen Forderung „Gleiche Bildung für alle" der Grundsatz gegenübergestellt werden: Jedem die seiner Veranlagung entsprechende Bildung! Weltliche Schulen sind abzulehnen. Die deutschnationale Staatsidee lehnt die zentralistischen Bestrebungen des bisherigen Systems ab. Dem übertriebenen Parlamentarismus von Weimar stellen wir den Führergedanken gegenüber. Zur deutschnationalen Staatsidee gehört die Erbmonarchie.

*

„Bayernblock" gescheitert

München, 3. Juli. Wie soeben bekannt wird, sind die Verhandlungen zwischen der **Bayerischen Volkspartei** und dem **Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund**, die auf ein Wahlbündnis zwischen den beiden Parteien für die kommenden Reichstagswahlen unter Schaffung eines sogenannten „Bayernblocks" abzielten, endgültig gescheitert.

*

Die Sächsischen Altsozialisten kehren zur SPD. zurück

Dresden, 3. Juli. Die Sächsischen Altsozialisten, die sich vor mehreren Jahren von der SPD. getrennt hatten, sind dieser Tage wieder in ihre frühere Partei zurückgekehrt. Kreishauptmann Buck, der bisherigen Vorsitzende der Altsozialistischen Partei Sachsens, erklärte, daß der Uebertritt offiziell zum 1. Juli erfolgte.

*

Listenverbindung der DNVP. mit der DVP.

Berlin, 3. Juli. Laut Mitteilung der deutschnationalen Pressestelle hat sich die DNVP. mit der Deutschen Volkspartei dahin verständigt, **daß die volksparteilichen Reststimmen auf die deutschnationale Reichsliste übergeführt werden.** Dafür wird einer Anzahl volksparteilicher Kandidaten ein Platz auf der deutschnationalen Reichsliste eingeräumt. Dieser Regelung ist die Klarstellung vorausgegangen, daß für die Deutsche Volkspartei, die im übrigen selbständig vorgeht, keinerlei Unterstützung von Regierungskoalitionen in Frage kommt, deren Bildung und Bestand von Zentrum und Sozialdemokratie abhängig ist.

Keine Listenverbindung Zentrum—Staatspartei

Berlin, 3. Juli. Wie die Pressestelle des Reichsgeneralsekretariats der Deutschen Zentrumspartei mitteilt, sind die Zeitungsmeldungen von einer Listenverbindung zwischen Zentrum und Staatspartei unzutreffend. Das Zentrum habe mit der Staatspartei keinerlei Vereinbarungen getroffen.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[49

„Oh, nicht, Lord Grailing! Das ist Gott sei Dank vorbei, für immer. Ich bin so glücklich, daß ich wieder eine Frau sein darf."

„Und was gedenken Sie jetzt zu tun, Miß Nelli?"

„Ich weiß es noch nicht, Lord Grailing. Aber ich werde schon irgendeine Arbeit finden."

Der Richter lächelte.

„Oh, Sie glauben nicht, daß ich arbeiten kann?"

„Ich glaube es schon. Aber es wird einige Zeit dauern, bis sich etwas Passendes für Sie findet. Sie sollen nichts überstürzen. Meine Mutter bittet Sie, solange in ihrem Hause eine Heimat zu sehen."

Ellinor sah den Lord an.

„Ich kann dieses Anerbieten nicht annehmen. Sie sehen in mir wohl immer noch den Adoptivbruder des reichen George Frank. Ich bin aber nichts weiter als ein armes Mädchen, das nicht zu den vornehmen Leuten gehört ..."

„Miß Nelli, Sie sollen nicht so sprechen. Meine Mutter und ich wissen, wer Sie sind. Und wir wollen Ihnen die Genugtuung geben vor all den Leuten, die bisher über Sie hinweggesehen hatten. Sie können sich dort erholen von all dem Bösen, das Ihnen widerfahren ist, können sich ausruhen, gesund und froh werden."

„Ich danke Ihnen, Lord Grailing! Aber ich kann Ihr Anerbieten nicht annehmen. Ich will mich verkriechen in irgendein kleines Städtchen, will nichts sehen und hören von den Menschen, die ich kannte. Ich will arbeiten, mir mein kärgliches Brot verdienen. Das soll meine Sühne sein für jenes frevlerische Spiel, das ich mit dem besten Menschen getrieben habe."

„George Frank!"

„Oh nicht ... nicht. Nennen Sie nicht diesen Namen, der mir wie glühendes Eisen in der Seele brennt ..."

„Sie lieben George Frank?"

Große Tränen perlten über Ellinors Gesicht — sie sah an Lord Grailing vorbei.

Er faßte sie an beiden Schultern. Hob ihren Kopf zu sich auf:

„Wenn ich Ihnen nur helfen könnte, Miß Nelli. Wenn ich nur wüßte, was hier zu tun ist ..."

„Sie sind so gut, Lord Grailing. Aber alles ist vorbei, ich besitze nichts mehr als die Erinnerung."

In diesem Augenblick klopfte es an die Tür. Der Gerichtsdiener flüsterte dem Lord etwas zu. Dessen Gesicht leuchtete auf, er machte mit der Hand eine bejahende Geste.

Der Diener verschwand, ließ gleich darauf einen Mann eintreten: George Frank.

Ellinor hatte nichts von alledem gesehen, hatte den Kopf in die Hände vergraben, saß regungslos in einer Ecke.

Lord Grailing schüttelte dem Eingetretenen wortlos die Hand, die dieser wie geistesabwesend drückte; sein Blick galt nur der Frau dort in der Ecke.

Ohne ein Wort zu sagen, verließ Lord Grailing das Zimmer, schloß leise die Tür, winkte draußen dem Gerichtsdiener.

Regungslos blieb George Frank einen Augenblick stehen, sah auf die zusammengekauerte Frau.

Dann machte er einen Schritt vorwärts, flüsterte: „Nelli ..."

Ellinor Grey hob den Kopf, übernatürlich groß sahen ihre Augen auf den Mann, der, wie aus der Erde gewachsen, vor ihr stand.

Dann war sie aufgesprungen, stumm standen die beiden Menschen einander gegenüber, starrten sich an.

Kein Laut kam von ihren Lippen, es war, als ob beider Mund versiegelt war. Nur die Augen sprachen, offenbarten das, was in ihnen vorging, das sie längst schon gewußt hatten, in einer Zeit, die jetzt weit, weit hinter ihnen lag.

Ellinor Grey mußte, wie erschöpft, endlich die Augen schließen.

Da vernahm sie, wie aus weiter Ferne, diese Stimme, die sie immer gehört hatte: in ihrer Bewußtlosigkeit und während der Gefangenschaft. Damals war es Täuschung gewesen, jetzt war es Wirklichkeit, jetzt war er gekommen — er, nach dem sie sich fast zu Tode gesehnt hatte.

„Nelli ..." Scheu, fast zaghaft sprach George Frank diesen fremden Namen aus. „Nelli ... ich komme, dich zu holen ... George Frank frägt dich, ob du sein Weib werden willst ..."

Ganz nahe war er an sie herangetreten, hatte die schmale, entsetzlich abgemagerte Gestalt behutsam in seine Arme genommen. Drückte sie innig an sich, hob das weiße, zarte Gesicht zu sich in die Höhe.

Ellinor Grey sah ihn an. Fast hauchend kam es von ihren Lippen:

„Mich willst du ... nach alledem ..."

„Ja, dich, dich! Die man durch Qualen und Leid zu mir gejagt hatte, in meine Arme, an mein Herz. Die ich geliebt hatte vom ersten Augenblick an und die ich nie, nie mehr lassen kann. Ich würde zugrunde gehen, wenn du mich verlassen würdest, du ... du. Du weißt nicht, wie ich dich liebe ... Nie in meinem Leben habe ich eine Frau geliebt, bis ich dich kannte ... du ...

In Pine Orchard steht ein kleines Haus, in einem großen Garten, abgeschlossen von allen Menschen. Das wartet auf uns, auf unser Glück. Dort wollen wir beide leben, ganz allein, nichts wissen von der Welt ... wir wollen nichts sehen und nichts hören als unsere Liebe. Niemand ist da als du und ich. Weißt du, was das bedeutet? Willst du mit mir kommen?"

„Ich will ..."

„Nelli ... meine Nelli ... mein alles ..."

Sie schmiegte sich in seine Arme, an seine Brust, bot ihm die schmalen, blassen Lippen, die er küßte, leidenschaftlich, rasend, immer und immer wieder, bis sie purpurrot erglühten.

— Ende. —

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg